



Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 16. November 2017

Antrags-Nr. 17-F-10-0027

Beendigung der Städtepartnerschaft zwischen Wiesbaden und Fatih - Antrag der AfD-Fraktion vom 01.11.2017 -

Begründung:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterhält seit September 2012 eine Städtepartnerschaft mit dem Istanbuler Stadtteil Fatih. Fatih ist einer der islamisch-fundamentalistischsten Stadtteile Istanbuls und eine Hochburg der AKP. Die Regierungspartei AKP, der auch der türkische Präsident Erdogan angehört, vertritt dezidiert antiwestliche Werte.

Die ursprüngliche Intention war es, mit der Partnerschaft den EU-Beitrittsprozess der Türkei zu fördern. Konkret heißt es im „Letter of Intent“ von 2009, *„dass die Vorbereitungen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses durch interkommunale Zusammenarbeit wirksam unterstützt werden können“* (FAZ 26.10.2010). Auch der Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden weist als Produktziel für den Einsatz von öffentlichen Geldern für Städtepartnerschaften die *„Belebung des europäischen Gedankens ...“* aus (Haushaltsplan 2016/17, S. 341).

Nachdem die Türkei nach eigenem Bekunden der EU nicht mehr beitreten will bzw. die EU nicht mehr braucht (Welt.de 02.10.2017) und ganz unübersehbar eine Abkehr von Europa und der westlichen Welt vollzieht, ist die wesentliche Motivation für die Städtepartnerschaft mit Fatih entfallen.

In der Partnerschaftsvereinbarung vom 18.09.2012 bekunden beide Städte ihr Interesse an einem Informationsaustausch kommunaler Tätigkeiten, unter anderem in den Bereichen Ausbildung und Wissenschaft sowie Bildungswesen. Mit Beginn dieses Schuljahres wurde die Evolutionstheorie nach Charles Darwin aus den Lehrplänen für türkische Schulen gestrichen. Diese Änderung stellt nur den ersten Schritt eines Lehrplan-Umbaus dar, der erst 2019 abgeschlossen sein soll und laut Bildungsrat der türkischen Regierung eine Abkehr von der bisherigen *„eurozentrischen Sichtweise“* verfolgt (FAZ 11.07.2017). Damit entfällt eine weitere Grundlage der Städtepartnerschaft, denn ein sinnvoller Austausch bei den Themen Bildung und Wissenschaft ist unter diesen Vorzeichen kaum vorstellbar.

Das Festhalten an der Städtepartnerschaft ist unter den gegebenen Bedingungen ein falsches politisches Signal. Zwar sind freundschaftliche Beziehungen zwischen Bürgern zweier Länder immer zu begrüßen und sollen auch weiterhin stattfinden. Aber eine auf offizieller Ebene eingegangene Bindung in Form einer Städtepartnerschaft muss darüber hinaus anderen Kriterien genügen und kann die allgemeine politische Entwicklung im Land der Partnerstadt nicht außer Acht lassen. Wichtige Säulen der westlichen Gesellschaften wie freie Wissenschaft, Trennung von Staat und Kirche, unabhängige Justiz, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demokratie und Gewaltenteilung werden von der Türkei zugunsten einer Hinwendung zu einem religiös geprägten, islamischen Staat aufgegeben.

Die hessische Landeshauptstadt sollte sich nicht in Freundschaft zur Kommune eines Staates bekennen, dessen Rechtsstaatlichkeit zunehmend erodiert, der es mit den Menschenrechten nicht so genau nimmt und dessen Umgang mit politisch Andersdenkenden, Kritikern und Minderheiten äußerst bedenklich ist.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Städtepartnerschaft mit Fatih schnellstmöglich zu beenden.

Beschluss Nr. 0472

Der Antrag der AfD vom 01.11.2017 betr.

Beendigung der Städtepartnerschaft zwischen Wiesbaden und Fatih

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2017

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2017

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister